

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/42. Jahrgang

Februar 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

## Stadtwerke Gießen: Gnadenlos

Wegen ständiger Erhöhung der Gas- und Strompreise stehen die Stadtwerke Gießen (SWG) permanent – und berechtigt – in Kritik (vgl. Gießener Echo 12/10). Wie sie jedoch mit Hartz-IV-Empfängern umspringen, ist ungeheuerlich. Wie bekannt beträgt der Regelsatz für Erwachsene 365 Euro im Monat, darin sind genau 25,87 Euro für „Wohnung, Strom“ enthalten. Angesichts dieser Summen liegt es auf der Hand, daß immer öfter Rechnungen nicht bezahlt werden können. Was tun die SWG? Sie mahnen – und sperren die Stromversorgung.

### Inhalt:

Bundeswehr/E 10 nicht tanken	S.2
Kommunalwahl/Anträge/Linke Liste	S.3
Gießen im Schnee/Wohnbau zockt ab	S.4
Schuldenbremse/Interview Kommunal	S.5
Zum Kommunismus/Spiegel-Lügen	S.6
Ehrung von Ria Deeg/Leserbriefe	S.7
Résistance-Kämpfer kommt/Termine	S.8

Wenn nun ein Betroffener es schafft, das Geld für die ausstehenden Rechnungen irgendwo aufzutreiben, bekommt er noch lange keinen Strom. Dann wird es erst richtig teuer: „Bei Sperrung/Wiederaufnahme der Versorgung berechnen wir 91,98 EUR zzgl. weiterer anfallender Kosten.“ Dieser Wucherpreis wird für eine „Leistung“ verlangt, die in wenigen Minuten erledigt ist – und die für Hartz-IV-Empfänger unbezahlbar ist. Die SWG ist zwar eine GmbH, die aber zu 100% der Stadt gehört. Diese Beutelschneiderei ist also eine städtische. Die Linksfraktion hat nun beantragt, daß diese Gebühren entfallen.

In der Begründung heißt es: *„Diese Mitbürger... nochmals mit einer Gebühr zu bestrafen, entspricht keiner humanen Einstellung. Eher müßte ihnen - nicht nur über die Schuldnerberatung - geholfen werden!“* E.B.

## Amnesty läßt werben

Man sieht es ihnen nicht an, daß sie aus Berlin, Brandenburg, Köln und anderswo herkommen. Etwa zehn junge Leute waren vom 17. bis 22. Januar mit einem Stand der Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf dem Seltersweg vertreten. So weit so gut.



Der Infostand von Amnesty International in Gießen

Ärgerlich ist, dass die jungen Leute von einer Werbeagentur engagiert wurden.

Sie treten auf gegen Bezahlung, Hotelaufenthalt, Verpflegung und Berufskleidung in Form von ai-Jacken. Sie sammeln zwar kein Geld, letztendlich werden dennoch Spenden eingenommen.

Wer sein Interesse äußert und ein entsprechendes Formular mit Name und Adresse unterschreibt, wird per Telefon oder Brief um Spenden gebeten.

Dieses Auftreten mit bezahlten Hilfskräften ist auch bei anderen „gemeinnützigen“ Organisationen üblich. Man spricht da vom „Geschmäckle“. M.B.



**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Der schöne Schein der Bundeswehr

Am 03. Januar 2011 hat die Bundeswehr zum vorerst letzten Mal Rekruten zum Wehrdienst eingezogen. Vom 1. Juli an soll die Wehrpflicht nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung ausgesetzt werden. Die Koalition und große Teile der sog. Opposition in Berlin feiern sich selbst und verkaufen diesen Umstand als Zeichen für den Weg der Bundeswehr zu einer „Friedensarmee“; die wie man in Afghanistan sieht, „humanitäre Aufbauarbeit“ betreibt und den afghanischen Frauen den Schulbesuch gewährleisten will. Im Gegensatz zu diesem Bild stehen Äußerungen von „Verteidigungs“-Minister Guttenberg. Er fordert eine „nationale Sicherheitsstrategie“. Parallel zum geplanten Umbau der Bundeswehr initiiert er eine Strategie-Debatte, welche die Bundeswehr auf Interventionen und Aufstandsbekämpfungsfähigkeit hin ausrichten soll. Auf der Zeit-Konferenz „Internationale Sicher-

heitspolitik“ am 18. Oktober 2010 in Hamburg hielt er einen entsprechenden Vortrag.

## Wurden hier die nächsten Kriege angekündigt?

Einer Reihe von Bedrohungen gelte es zu begegnen: Scheiternde und gescheiterte Staaten, internationaler Terrorismus, Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, Folgen der weltweiten demografischen Entwicklung, der Klimaveränderung, Ressourcensicherheit und Cyberwar. Das besonders Beunruhigende ist allerdings der Verweis des Ministers auf die sich vollziehenden globalen Machtverschiebungen. Das Verhältnis zu Ländern und Regionen wie China, Indien, aber auch Indonesien, Brasilien und dem südafrikanischen Raum könnte sich in Zukunft deutlich konfrontativer gestalten.

Am Beispiel Afghanistan lassen sich exemplarisch die Hintergründe der

Kriege aufzeigen. Afghanistan kommt aufgrund seiner geografischen Lage eine besondere Bedeutung zu: Es bietet einen von russischer und iranischer Kontrolle unabhängigen Landweg für den Transport kaukasischer Rohstoffe, vor allem Erdöl, Erdgas und strategische Rohstoffe.

Am 14.6.2010 berichtete die Welt, Afghanistan verfüge über unentdeckte Bodenschätze im Wert von einer Billion Dollar. Die Vorkommen von Lithium, Eisen, Kupfer, Kobalt und Gold seien so riesig, dass das Land zu einem der weltgrößten Bergbauzentren werden könnte.

Die Brisanz dieser Entdeckung lässt sich erahnen, wenn man an die fast hysterische Diskussion im Zusammenhang mit den Kürzungen der Exporte sogenannter „Seltener Erden“ durch China denkt.

Wenn soviel auf dem Spiel steht, ist der nächste Krieg nicht weit!

Henning Mächerle



## Von der Hardthöhe nichts Neues

Momentan ist das Image des Strahlemanns Guttenberg durch die Bundeswehrskandale angekratzt. Obwohl doch eigentlich die Vorkommnisse so außergewöhnlich nicht sind: Folter, Mißhandlung und Mobbing haben schon mehrfach für Schlagzeilen gesorgt. Und daß durch „friendly fire“ ein Soldat durch die Kugel eines „Kameraden“ stirbt, ist auch nichts Neues. Bleibt der Vorwurf des „systematischen Öffnens (und teilweise der Unterschlagung) von Feldpost aus Afghanistan“.

Postüberwachung ist in der BRD grundgesetzwidrig. Eigentlich. Tatsächlich ist dies stinknormal in der Geschichte der BRD und Praxis nicht nur der Geheimdienste. Von staatlichen BRD-Institutionen (Zoll, Post, Polizei) wurde der Postverkehr mit der DDR systematisch kontrolliert und teilweise vernichtet. Wie frontal21 am 10. 11. 2009 berichtete, waren dies allein zwischen 1955 und 1968 etwa 100 Millionen Poststücke.

Was sind im Vergleich dazu ein paar Briefe aus Afghanistan, die die hiesigen Medienberichte Lügen strafen können? Wahrheit und Krieg waren schon immer unvereinbar. Erika Beltz

## E10 in den Tank? – Lieber nicht!

Seit Anfang des Jahres wird an den Tankstellen eine neue Benzinsorte eingeführt, E10 heißt das Zeug. Es enthält 10% aus Agrarprodukten hergestellten Ethylalkohol, beschönigend Bioethanol genannt. Dieser neue Treibstoff soll den Regierungen der Europäischen Union (EU) helfen, ihre versprochenen Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu erreichen. In ihrer unergründlichen Weisheit haben EU-Kommissionen beschlossen, das bei der Verbrennung dieses Alkohols entstehende CO<sub>2</sub> einfach nicht mit zu zählen. Es gibt aber ernst zu nehmende Untersuchungen, die belegen, daß dieser Stoff klimaschädlicher ist als Kraftstoffe aus Erdöl. Bei der Produktion werden Energie, Spritzmittel und Dünger verbraucht, es entsteht also auch CO<sub>2</sub>. Es müssen neue Anbauflächen erschlossen werden, dazu werden auch Wälder gerodet, also jede Menge dort gespeichertes CO<sub>2</sub> freigesetzt. Der Anbau erfolgt in Monokulturen – mit dem, was man in der Landwirtschaft inzwischen „Bio“ nennt, hat das nichts zu tun. Der Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung konkurriert mit der Lebensmittelproduktion und ist auch deswegen bedenklich. Außerdem eröffnet der Anbau und der Handel mit diesem Agrartreibstoff den eh schon mächtigen Ölkonzernen erheblichen Einfluß auf die Landwirtschaft. Deswegen sollte gelten: E10 – besser nicht!

Gernot Linhart

# DKP-Kandidaten auf der Liste der Linkspartei

Wir Kommunisten kandidieren auf der Liste der Partei DIE LINKE, da wir auf kommunaler Ebene große Übereinstimmung feststellen. Uns ist klar, dass der finanzielle Spielraum mehr als eng ist. Daraus folgt, dass wir uns einerseits für mehr Geld für die Kommunen einsetzen und andererseits die vorhandenen Mittel sinnvoll nutzen müssen.

Das zeigt sich am Wahlprogramm und erst recht an den von der Fraktion einhellig gestellten Anträgen. Alleine die Forderung nach Erweiterung des Gießenpasses bedeutet: wir setzen uns ein für die finanziell und damit auch sozial Benachteiligten.

Unterstützung der Aktionen der Schüler und Studierenden ist auch weiterhin unser Anliegen. DKP und LINKE

fordern mehr Bildung, Studium ohne Zwangsabgabe, Renovierung von Schulen und Turnhallen. Dass die Osthalle für die GmbH der Profibasketballer vor den Interessen der Schüler genutzt wird, wurde durch unsere Fraktion stets abgelehnt, indem wir gegen die Bürgerschaft der Stadt Gießen stimmten.

Um gegen 1-Euro-Jobs zu demonstrieren, sind wir Kommunisten mit anderen vor die Arbeitsagentur bzw. die GIAG gezogen oder treten im Rahmen der Montagsdemo seit fünf Jahren im Seltersweg auf. Die DKP schätzt außerparlamentarische Aktionen als die entscheidende Form des Protestes ein, wobei die parlamentarische Arbeit die Begleitung darstellt.

Weiterhin wird es auch in den nächsten fünf Jahren darum gehen, dass die Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung haben, ebenso Wasser, Strom und Heizung.

Gegen die Landesgartenschau haben sich in der Öffentlichkeit als erste der Schulleiter der Herderschule und Michael Beltz (DKP/ Fraktion Die Linke) gewendet. In beiden linken Parteien gab es darüber lebhaft Diskussionen. Wir brauchen keine teuren Prestige-Objekte mit unabsehbaren Folgekosten wie das Rathaus oder die Landesgartenschau, von der Menschen mit wenig Geld ausgeschlossen werden, mit der die Umwelt geschädigt und der Fußballverein Blau-Weiß aus seinem angestammten Gebiet vertrieben wird. Dagegen wird eine Fraktion der LINKEN auch in Zukunft auftreten – gegen CDU, SPD, Grüne, FDP und FW. Michael Beltz

Außer Michael Beltz kandidieren auf dieser Liste Erika Beltz, Gunter Geis, Gernot Linhart und Henning Mächerle

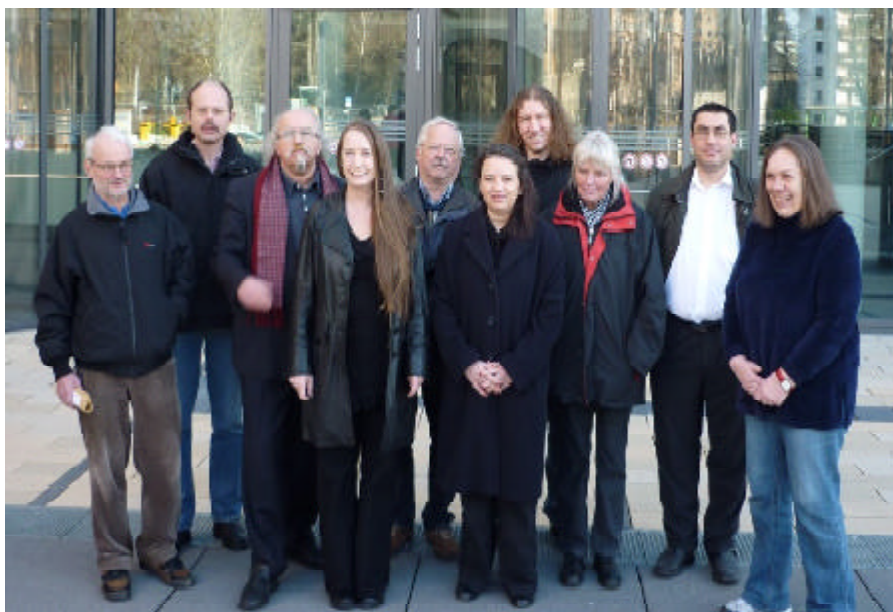


Foto links: zehner der 26 Kandidaten zum Stadtparlament, v.l.: Gernot Linhart, Achim Durlas, Kenneth Pukownik, Chris Plonka, Michael Beltz, Michaela Pukownik, Jonas Ahlgrimm, Erika Beltz, Ümüt Erdem, Conny Mim

## Anträge der Linksfraktion ans Stadtparlament

Zur vorletzten Sitzung am 17. Februar liegen eine Reihe Anträge vor. Neben dem bereits im Januar veröffentlichten Antrag gegen die Bundeswehrauftritte an Gießener Schulen fordert **Michael Beltz**:

- \* Ehrung von Ria Deeg (Antrag auf Seite 7)
- \* Rückführung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus an den Rathausplatz
- \* Entfernung des verfallenden Nazi-Reliefs an der Bergkaserne
- \* Reduzierung der Straßenanliegergebühren
- \* Wegfall der Gebühren (92 Euro) beim Wiederanschluß von gesperrten Stromanschlüssen der SWG.
- \* Geh- und Fahrradwege sowie Straßen in Gießen so von Eis und Schnee zu befreien, daß sie benutzbar sind.

**Michael Janitzki** fordert:

- \* Prüfung, ob die z.Zt. gesperrte Philosophenstraße im Sinne des Naturschutzes in einen Geh- und Radweg umzuwandeln ist.
- \* Einen Berichtsantrag zur Video-Überwachung am Rathaus.

Eine weitere linke Liste tritt in Stadt (Spitzenkandidat: Michael Janitzki) und Kreis (Spitzenkandidat: Reinhard Hamel) unter dem Namen „Linkes Bündnis“ an (nicht „Bunte Liste“, wie versehentlich im Echo aufgrund einer Meldung in einer Gießener Tageszeitung geschrieben wurde). Das „Linke Bündnis“ ist als Wahlliste nicht mit dem „Linksbündnis“ zu verwechseln. Das Linksbündnis stellt ein außerparlamentarisches Forum dar, in dem Anträge der linken Fraktionen in der Stadt und im Kreis beraten wurden und werden, und die Parlamentarier Rechenschaft ablegen.

Das Linke Bündnis fordert unter anderem, Bürgergesellschaften zu gründen, also keine Kommunalisierung im üblichen Sinne, sondern Anteile aller Gießener Bürger z.B. an den Stadtwerken. Insgesamt stimmen viele Programmpunkte der beiden Listen überein. Bürgerbeteiligung finden wir auch bei „Bürgerliste“ und SPD.



## Gießen im Schnee

„Die Gießener werden sich an winterliche Straßenverhältnisse gewöhnen müssen, wie sie sie in ihren Wintersportorten ja auch hinnehmen.“ – Mit dieser Aussage versuchte Gießens grüne Bürgermeisterin Weigel-Greulich die mangelhafte Schneeräumung in der Stadt nicht nur zu entschuldigen, sondern auch noch als ökologische Wohltat hinzustellen. Damit liegt sie aber aus verschiedenen Gründen ziemlich daneben. Am stärksten von den Zuständen auf Straßen und Gehwegen betroffen waren Alte und Behinderte – dieser Personenkreis fährt in kein Wintersportgebiet und hat keinen Grund, sich an unzumutbare Zustände zu gewöhnen. In den Wintersportgemeinden sind Bewohner und Geschäftsleute darauf angewiesen, daß ihre Gäste gut zu Hotels, Pensionen, Gaststätten und Geschäften kommen und sich auch noch wohlfühlen. Sie würden deswegen Zustände wie in Gießen niemals für längere Zeit hinnehmen. Straßen und Gehwege sind dort in der Regel gut begeh- und befahrbar, und sei es auf einer verfestigten, gestreuten Schneedecke. In Gießen dagegen war ein großer Teil der Gehwege nicht geräumt. Vor unbebauten Grundstücken, vor gewerblich genutzten Flächen, an Grünanlagen, an den Rückseiten von Gebäuden und an Gehwegen, die nicht direkt an Gebäude grenzen (zum Beispiel am Ludwigsplatz), türmte sich der Schnee; später entstanden Eisflächen. In allen Nebenstraßen gab es nur von den Autos gebildete Spurrillen im langsam vereisenden Tiefschnee. Radwege waren kaum geräumt. Für Menschen mit Rollator oder gar im Rollstuhl waren viele Strecken nicht mehr zu bewältigen; ohne kräftige Fremdhilfe waren sie in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Für gezahlte Steuern und Gebühren können wir verlangen, daß die Stadt auch im Winter für jeden gut begeh- und befahrbar ist. G. Linhart

## Mieterabzocke durch energetische Sanierungen – auch bei der Wohnbau Gießen

Ende September kündigte Bundeskanzlerin Merkel in einem Zeitungsinterview an, dass Vermieter künftig einen noch größeren Anteil der Kosten von energetischen Sanierungen auf die Jahresmiete umlegen können. Diese Ankündigung wurde vom Deutschen Mieterbund zu Recht heftig kritisiert. Er betonte in einer Presseerklärung, dass die Vermieter bei Modernisierungen die Jahresmiete schon jetzt um 11% der Investitionssumme erhöhen können. Bei einer Investitionssumme von 20.000 E je Wohnung sind das 180 E im Monat, ein Vielfaches der monatlichen Heizkostensparnis. Der Mieterbund fordert, dass Mieterhöhungen durch mögliche Heizkostensparnisse begrenzt werden. Ein lukratives Geschäft. auch für die Wohnbau Gießen GmbH. Anfang September wurde die aufwendige Sanierung des Dachcafés beendet. Im Trieb 10/12 wurde ein Gebäude mit zwölf 50 Quadratmeter großen Wohnungen aufwendig zum Passivhaus saniert. Die neuen Kaltmieten liegen zwischen acht und zwölf Euro je Quadratmeter. Im Jahr 2009 wurden laut Geschäftsbericht der Wohnbau 191 Wohnungen komplett saniert und an 101 Wohnungen energetische Verbesserungen durchgeführt. Die sanierten Wohnungen wurden meist für über 7 E je Quadratmeter neu vermietet oder die Mieten kräftig erhöht. Von 2007 bis 2009 sank der Bestand an preisgebundenen Wohnungen von 2634 auf 2358.

Von den 184 Wohnungen im Dachcafé stehen derzeit fünfzehn immer noch leer. Hieraus kann man schließen, dass sich die Wohnungen aufgrund der hohen Mieten nur sehr schlecht vermieten lassen. Die Wohnbau scheint wohl lieber leer stehende Wohnungen in Kauf zu nehmen als die Mieten zu senken.

Folge dieser Preispolitik ist, dass immer mehr Hartz-IV-Bezieher aus Wohnbauwohnungen ausziehen müssen. Der maximale Quadratmeterpreis, den die GIAG zahlt, liegt bei 6,15 E für einen Single-Haushalt, für einen Mehr-Personen-Haushalt bei 5,30 E pro Quadratmeter. Auch Arbeiter, Angestellte oder Rentner mit geringem Einkommen dürften sich künftig solche Wohnungen nicht mehr leisten können. Nach der Satzung der Wohnbau ist diese verpflichtet, preiswerten Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen bereit zu stellen. Dieses scheint die schwarz-grün-gelbe Koalition in Gießen nicht im Geringsten zu interessieren, müssen diese doch die Kosten für Prestigeobjekte wie Rathausneubauten, Landgartenschau oder Bahnhofsvorplatzsanierungen bezahlen. Eine Steigerung der Mietpreise in Gießen hat ja auch für die Koalitionsparteien den Vorteil, dass mehr wohlhabende Unions- und FDP-Wähler nach Gießen ziehen und die ärmeren Nicht-FDP-Wähler aus Gießen verschwinden.

Achim Durlas



# „Schuldenbremse“ ist Sozialabbau - sagt Nein!

Zugleich mit der Wahl der Kommunalparlamente sollen wir am 27. März über die Aufnahme einer so genannten Schuldenbremse in die Hessische Verfassung abstimmen. Alle Parteien außer den Linken rühren die Werbetrommel dafür. Ja, wer wäre nicht der Meinung, dass die horrenden Staatsverschuldung zurückgefahren werden soll? Schon seit Mitte der 70er Jahre hat die öffentliche Hand die Schulden explosionsartig in die Höhe getrieben. Da gab es die so genannte erste Ölkrise, die in Wahrheit das Ende des Nachkriegsbooms war. Der Kapitalismus war wieder in seinem Normalzustand des Hangelns von Krise zu Krise angekommen. Wahrgenommen wurde das zunächst wenig. Mit der so genannten New Economy wurde sogar ein ewiges Wachstum verkündet. Die Blase der Informationstechnologie platzte Ende 2000 (mit kapitalistischer Logik wurde dafür der Anschlag vom 11. September 2001 in New York verantwortlich gemacht) und die Krise währte bis ins Jahr 2004. Schon Ende 2007 setzte die erneute Weltwirtschaftskrise ein, die global mit einer bis dahin unbekanntem Geldflut in die Zukunft verschoben wurde. Nichts von Bedeutung wurde am Krisen verursachenden System geändert und so konnten die eingefluteten Gelder dem Wirtschafts-

kreislauf auch nicht wieder entzogen werden. Man erinnere sich an zwei durchaus energische Finanzminister, die auszogen, dem Schuldengespenst das Fürchten zu lehren, Hans Eichel und Peer Steinbrück. Die waren zunächst Hans bzw. Peer im Glück, aber dann kam ihrem Schuldenbremsen jeweils die Krise dazwischen. Nicht mal die Maastricht-Kriterien konnten sie einhalten, die der deutsche Finanzminister Waigel zur Haushaltsdisziplin erdacht hatte. „Und wir hatten doch gerade die öffentlichen Haushalte in Ordnung gebracht, da zwang uns die Krise zum Umlenken“, jammerte Frau Merkel mit der schwäbischen Hausfrau. Zudem hatten die Finanzminister vor der Krise lediglich weniger neue Schulden aufgenommen, aber keinen einzigen Euro zurückbezahlt. Und so wird mit und ohne „Schuldenbremse“ die kapitalistische Normalität nach kurzer Euphorie das Kartenhaus unserer Ökonomie wieder zum Einsturz bringen. Dafür sorgen schon die politisch gewollten steuerlichen Entlastungen und direkten und indirekten Sub-

ventionen für Banken und Großindustrie. Diese Unternehmen tragen das Wirtschaftssystem, weshalb sie nun „systemisch“ genannt werden, und dürfen also keinen Kratzer bekommen. In das zur Abstimmung stehende Gesetz ist die Erlaubnis zum Schuldenmachen bei Konjunkturreinbruch ja auch ausdrücklich eingebaut. - Also ist die „Schuldenbremse“ eine einzige Luftnummer? Nein, das nun auch nicht. Wenn wir „Ja“ zur Verfassungsänderung sagen, haben wir selbst die Zustimmung dazu gegeben, dass der Staat seine Leistungen für die Bürger weiter zurückfährt. Die Kürzungen wird er nicht bei der Rüstung und Bundeswehreinsetzungen wie in Afghanistan ansetzen, wie die Schuldenbremse im Grundgesetz zeigt, sondern bei Sozialleistungen und Bildung. Er wird kommunale Leistungen streichen oder verteuern, Dabei stehen die Kommunen schon heute vor der Pleite. Es wird Arbeitende und Erwerbslose, Alte, Kranke, Jugendliche und Studenten treffen. Und da kommt es einem in den Sinn: Nur die allerdümmsten Kälber... Klaus Mewes



## ... man kann an kleinen Stellschrauben drehen

### Interview mit Conny Mim, Kandidatin der Linkspartei zum Stadtparlament

**Gießener Echo:** *Hallo, Conny, wir kennen uns nun schon einige Jahre – seit Beginn der Montagsdemos in Gießen vorfast sechs Jahren, vom Linksbündnis und vielen Aktionen. Jetzt kandidierst du auf Platz 5 der Liste der Linkspartei zum Gießener Stadtparlament. Warum?*

**Conny:** Ich möchte das Leben der Menschen in Gießen humaner gestalten. Es ist uns zwar in der Kommunalpolitik nicht möglich, Bundesgesetze außer Kraft zu setzen, aber man kann an kleinen Stellschrauben drehen, um das Leben von Hartz-IV-Empfängern, Geringverdienern und Kleinrentenbeziehern etwas erträglicher zu gestalten. Denn gerade im sozialen Bereich sind die Kürzungen am heftigsten ausgefallen.

**Gießener Echo:** *Als Verkäuferin im Einzelhandel verdienst du sicher nicht viel. Wie kommst du finanziell zurecht?*

**Conny:** Ich bin noch in der glücklichen Lage, als Langzeitbeschäftigte tarifge-

bunden eingestellt und bezahlt zu werden, was mittlerweile immer seltener vorkommt. Leider gibt es im Handel immer weniger Vollzeitstellen und viele Teilzeit- oder auf 400-Euro-Basis Beschäftigte.

**Gießener Echo:** *Im Einzelhandel wird viel mit Aushilfen gearbeitet.*

**Conny:** Ja, und eine Sonderform von flexibler Teilzeitarbeit kommt immer öfter zum Einsatz: je nach Bedarf wird die Arbeitsleistung der Beschäftigten abgerufen. Meist beträgt die feste wöchentliche Arbeitszeit 10 Stunden plus Arbeit auf Abruf. Dabei kann weder Freizeit, Arztbesuche, Behördengänge noch der zu erwartende jeweilige Lohn verlässlich geplant werden. Gleichzeitig sinkt oft die Stundenzahl der „normalen“ Teilzeitkräfte, was natürlich mit Lohneinbußen einhergeht. Viele Unternehmen zahlen keinen Tariflohn. Extrem flexible Beschäftigungsverhältnisse wie Arbeit auf Abruf gehören abgeschafft, und 400-Euro-Jobs

müssten stark eingeschränkt werden.

**Gießener Echo:** *Es wird behauptet, man solle den Regelsatz der Hartz-IV-Empfänger nicht zu sehr erhöhen, weil dann „kein Anreiz mehr bestehe, eine Arbeit aufzunehmen“.* Was sagst du dazu?

**Conny:** A L L E sollen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt teilnehmen. Niemand soll wegen seiner finanziellen Lage gezwungen sein, bei Tafeln, Kleiderkammern, Flohmärkten das Notwendigste zum Leben besorgen zu müssen. Jeder mit dem Wissen eines Viertklässlers kann sich ausrechnen, dass der derzeitige Hartz-IV-Satz nicht ausreicht. Hätten wir eine tarifliche Entlohnung, brauchten viele kein Hartz-IV. Dringend notwendig ist die Einführung eines generellen Mindestlohnes in Höhe von 10 Euro, wie es auch von den Gewerkschaften gefordert wird.

*Mit Conny Mim sprach Erika Beltz.*

## Es sagten zum Kommunismus:

### 1. Thomas Mann

„Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche... Der Zukunft aber gehört er an insofern, als die Welt, die nach uns kommt, in der unsere Kinder und Enkel leben werden, und die langsam ihre Umrisse zu enthüllen beginnt, schwerlich ohne kommunistische Züge vorzustellen ist: d. h., ohne die Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genußrechts an den Gütern der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle.“

### 2. Hermann Hesse

"Eine kommunistische Umwälzung, aber nicht bloß Kopie von Moskau, schiene mir die einzige echte Lösung, aber in unserem Land sind, wie es scheint, immer nur die Parteien stark, die nichts mit der Gegenwart zu tun haben."

### 3. G. B. Shaw

"Je durchgebildeter der Kommunismus, desto höher die Zivilisation"

### 4. Die Bibel

"Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam. Jeder, der einen Acker hatte, verkaufte diesen und brachte den Erlös in die Gemeinschaft ein." (Apostelgeschichte)

### 5. Oskar Lafontaine

"Wenn wir in Deutschland diskutieren, ist das Wort Kommunismus enorm belastet, wenn wir in Frankreich diskutierten, gäbe es eine solche Diskussion überhaupt nicht. Es gäbe sie auch nicht in Italien, es gäbe sie nicht in Spanien. Wenn man so diskutieren würde, würde man sich richtig lächerlich machen angesichts der Tradition in diesen Ländern" (bei Anne Will).

### 6. Marx/Engels

"An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Manifest der Kommunistischen Partei)



Probeexemplar bzw. 10 Wochen  
Gratis-Abo (endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201/2486482,  
E-mail: [UZAb0@t-online.de](mailto:UZAb0@t-online.de)  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

## Nicht nur BILD lügt

Vor Jahren fuhr der Kabarettist Dietrich Kittner durch die gesamte BRD und bekam bei seinem Test an allen Zeitschrift-Kiosken die Bild-Zeitung vorgelegt, wenn er „das Lügenblatt“ verlangte. Daß Bild lügt, ist inzwischen bekannt. "Der Spiegel" ist raffinierter. Mit diesem Titelbild suggerierte er, Churchill habe die Nazis besiegt. Das ist glattweg gelogen. Im Herbst 1939 hat die faschistische Wehrmacht Polen überfallen und danach die anderen europäischen Staaten; im Sommer 1941 erfolgte der Überfall auf die Sowjetunion. Während die Nazis anfangs bis weit ins Land vorstießen, übte sich Churchill (wie auch die USA) im Nichtstun, obwohl er Unterstützung zugesagt hatte. Sie hegten die Hoffnung, die Nazis würden mit großen Verlusten „den Kommunismus besiegen“ und Deutschland sei dann leichte Beute. Erst als sich mit der Schlacht um Stalingrad das Blatt wendete und die Nazis immer weiter zurückweichen mußten, bequemten sich die Alliierten – am 6. Juni 1944! - mit der Landung in der Normandie die lange versprochene zweite Front zu



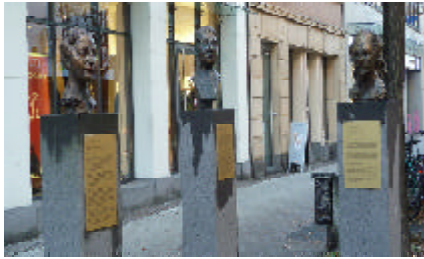
eröffnen. Sicherlich wäre die Bilanz mit 50 Millionen Menschen, die in diesem Krieg ihr Leben verloren haben (darunter mehr als 20 Millionen Sowjetbürger), weniger todbringend ausgefallen, wenn sie ihr Wort gehalten und früher gegen die Nazis gekämpft hätten.

Dazu paßt Churchills zum geflügelten Wort gewordener Spruch „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“, mit dem er den Sieg der Roten Armee und die Entstehung weiterer sozialistischer Staaten bedauerte. E. Beltz



# Antrag zur Ehrung von Ria Deeg

Der Magistrat wird gebeten, im Gedenken an die Antifaschistin und Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen, Ria Deeg, eine sichtbare Ehrung vorzunehmen, und in der Plockstraße, wo bereits andere Gießener Persönlichkeiten geehrt werden, einen Gedenkstein mit der Nachbildung ihres Kopfes zu errichten. Auch der Widerstand von Ria Deeg sollte hier mit einem Denkstein gewürdigt werden - neben



- \* der Professorin Margarete Bieber, die 1933 von den Nazis entlassen wurde und in die USA emigrieren mußte,
- \* der Pädagogin Hedwig Burgheim, die nach zahlreichen Repressionen 1943 von den Faschisten verhaftet, nach Auschwitz transportiert und dort ermordet wurde, sowie
- \* der in der Frauenbewegung engagierten und dem antifaschistischen Wider-

stand in der Bekennenden Kirche zugehörige Dr. Agnes von Zahn-Harnack.

## Begründung:

Ria Deeg war eine über die Grenzen Giessens hinaus bekannte Antifaschistin und Kommunistin, die in der Zeit des Faschismus das bessere Deutschland vertrat. Sie leistete von Beginn an aktiven Widerstand gegen den Faschismus, wurde verfolgt und 1935 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch anschließend war sie der Repression der Nazis ausgesetzt. Nach der Befreiung vom Faschismus beteiligte sie sich am demokratischen Aufbau und war lange Zeit Leiterin der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte in Gießen. Im Auftrag des SPD/Grünen Magistrats überreichte Oberbürgermeister Manfred Mutz am 18. März 1987 die Goldene Ehrennadel, die höchste Auszeichnung unserer Stadt neben der Ehrenbürger-



Ria Deeg dankt für die Ehrennadel

schaft, an Ria Deeg. In seiner Rede hob Mutz „ihren unermüdbaren Einsatz für Menschlichkeit, Anstand und politische Moral“ hervor.

Den Glückwünschen des Oberbürgermeisters schlossen sich an: Hans Pfeifer (CDU) als Vertreter des Stadtverordnetenvertreters und für ihre Fraktionen Friedel Eidmann (FDP), Günther Becker (SPD) und Dr. Heinrich Brinkmann (Die Grünen). Oberbürgermeister Haumann sagte in seiner Rede anlässlich der Widerstandsfeier am 20. Juli 2007, in der er auch an den 100. Geburtstag von Ria Deeg erinnerte: „Mit der heutigen Veranstaltung gedenken wir all

jenen, die nicht wegschauten, und erinnern an die, die wachsam blieben, ja – sogar aktiv Widerstand gegen das Nazi-regime leisteten...“

Das Leben von Ria Deeg ist Anlass, diese mutige Frau in Erinnerung zu behalten, und durch eine entsprechende Ehrung der Jugend als Vorbild darzustellen.

## Leserbriefe

### US-Studenten: Null Ahnung

Fidel Castros Äußerungen in seinen „Reflexionen“ bezüglich des sittlichen, psychischen und geistigen Verfalls der US-Bevölkerung, der bewusst herbeigeführt wird, wird nachfolgend erhärtet. Dies macht die Repressions- und Aggressionspolitik nach innen und außen seitens der USA, deren Erwerbslosenrate real 17% beträgt - und die Tendenz ist steigend noch gefährlicher und unberechenbarer. Diese Bemerkungen Castros stehen im Zusammenhang mit den Kenntnissen und Gewohnheiten der US-amerikanischen Universitätsstudenten, die 2014 ihre Prüfung ablegen werden. Die Zeitung Granma (August 2010) gibt die Nachricht Castros mit einer für sich sprechenden Sprache wieder:

1. Sie tragen keine Uhr, um die Uhrzeit zu wissen, sondern verwenden ihre Handys.
2. Sie glauben, dass Beethoven ein Hund ist, den sie aus einem Film kennen.
3. Dass Miguel Angel ein Computervirus

ist. 4. Dass das E-Mail zu langsam ist, da sie daran gewöhnt sind, Botschaften in hoch entwickelte Mobiltelefone zu tippen. 5. Sehr wenige von ihnen können mit Kursivschrift schreiben. 6. Sie glauben, dass es die Tschechoslowakei nie gegeben hat. 7. Dass die US-amerikanischen Unternehmen schon immer Geschäfte in Vietnam gemacht haben. 8. Dass die koreanischen Automobile schon immer in ihrem Land verkehrt haben. 9. Dass die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko schon immer durch einen Freihandelsvertrag verbunden gewesen sind.“

Falk Moldenhauer, z.Zt. in Cuba

### Eine Echo-Genießerin...

Moin, moin! Heute Morgen beim Frühstück genieße ich Euer „Gießener Echo“ zu heißem Kaffee und Honigbrot. Beides fällt mir aus dem Gesicht, als ich auf Seite 2 ankomme bei dem Witz „Oma Anke“ auf Opas faltigem Popo, lautes Lachen, Husten – Prusten! Die von Euch ausgewählten Karikaturen sind immer prima, lok-

kern das Ganze Eurer sehr lesenswerten Zeitung auf, ohne von Brisanz und Inhalt jedes einzelnen Artikels abzulenken...

Heide Wolff

**Liebe Leserinnen  
und Leser,  
wir bitten um Überwei-  
sung der Abo-Gebühren  
für 2011 - und wir bitten  
um Spenden.**

**Gießener Echo**

**Konto Nr. 193070, BLZ  
51350025, Sparkasse Gießen**

Nach mehr als 20 Jahren müssen wir leider die Gebühren auf 20 € pro Jahr erhöhen (womit unsere Druckkosten allerdings nicht gedeckt sind); für Geringverdiener bleibt es bei 10 €.

**Jeder Euro ist willkommen**

# Hans Heisel, Kommunist, Antifaschist und Widerstandskämpfer in der Résistance berichtet

Dienstag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

## Veranstaltung der DKP

Hans Heisel kam 1940 als Wehrmachtssoldat ins besetzte Paris und schloß sich dort der Résistance an. Er verteilte heimlich Flugblätter an Soldatentreffpunkten, lieferte militärische Informationen und stahl deutsche Waffen. 1942 trat er in die illegale KPD ein. Er arbeitete mit den französischen Kommunisten zusammen und gründete eine antifaschistische Zelle im Marineministerium. Im August 1944 wurde er entdeckt; er konnte

te bewaffnet fliehen, desertierte und war später am Kampf um die Befreiung von Paris beteiligt.

Nach dem Krieg arbeitete er wieder für die KPD, nach deren Verbot im Jahr 1956 auch wieder illegal. Fünfzehn Monate war er deswegen in den 60er Jahren inhaftiert. Seit Gründung der DKP ist er bis heute - so weit es seine Kräfte zulassen - in der Partei aktiv und gefragter Zeitzeuge in Schulen und auf Veranstaltungen.



Soli-Button zum UZ-Fest



für 5 € sofort erhältlich

Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom **24.-26. Juni 2011 in Dortmund** im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP statt. Es ist das 16. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

## 8. März:

100 Jahre Internationaler Frauentag



## Programm der DKP:

*"Die DKP unterstützt das Eintreten der Frauen für ihre Interessen und strebt dabei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen und Initiativen an, deren Wirken auf die Verteidigung und den Ausbau der sozialen und demokratischen Rechte der Frauen gerichtet ist. Frauenunterdrückung ist ein zentraler Bestandteil kapitalistischer Ausbeutung. Der Kampf gegen sie kann nur im engen Zusammenwirken mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfolgreich sein. Er liegt im Interesse der gesamten Klasse. Die Emanzipation ist nicht im Rahmen einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft zu verwirklichen.*

*Voraussetzung dafür ist eine andere, sozialistische Gesellschaft."*

**Redaktionsschluß für das März-Echo: 27.2.11**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dgp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse: .....

e-mail: .....



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr  
bei den 3 Schwätzern:

**Protest gegen  
Hartz IV**

Die nächste öffentliche  
**Mitgliederversammlung der DKP:**

Donnerstag, 10. Februar,  
um 19.30 Uhr.